

ANTRAG des ÖWB
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 27. November 2025

06. November 2025

Entbürokratisierung – Standort stärken, Verwaltung modernisieren, Unternehmen entlasten

Die hohen bürokratischen Belastungen und langwierigen Verwaltungsverfahren behindern Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Innovationen in Österreich. Insbesondere mittelständische Betriebe sehen sich einer Vielzahl an Dokumentations-, Melde- und Nachweispflichten ausgesetzt. Die Digitalisierung gerade auch im Behördenbereich kommt zu langsam voran. Im Sinne der europäischen Bestrebungen und internationaler Benchmarks braucht Österreich endlich praxistaugliche, flächendeckend wirksame Entbürokratisierungsschritte.

Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen zentral:

Modernes Betriebsanlagenrecht und Verwaltungsvereinfachungen

- Umfassendes Maßnahmenpaket Betriebsanlagenrecht
 - Betriebsübergaben erleichtern: Evaluierung, Ausweitung und verbindliche Umsetzung einer „Grace Period“ im § 79d GewO und § 79 (1) mit Ziel einer maximalen Frist von sieben Jahren bei Betriebsübernahmen. Eine Gleichstellung im NeuFöG soll die für Neugründungen geltenden Gebühren- und Steuerbefreiungen auch für Übernehmer vorsehen.
 - Ermöglichung flexiblerer Nutzung (General- und Spezialgenehmigungen) bestehender Betriebsanlagen durch gesetzliche Aufgliederung.
 - Genehmigungsfreistellung für Photovoltaik-Anlagen und E-Ladestationen als Bestandteil gewerblicher Betriebsanlagen.
- Schnellere und digitalere Verfahrensabläufe
 - Genehmigungsverfahren sollen durch eine Beschränkung auf eine Plausibilitäts- und Vollständigkeitsprüfung unter gewissen Voraussetzungen beschleunigt werden.

- Erleichterter Sachverständigenbeweis durch reine Plausibilitätsprüfung.
- Ausbau des GISA Express für volldigitale Gewerbeanmeldung; Validierung elektronischer Nachweise nach dem Once-Only-Prinzip.
- Einführung eines volldigitalen Unternehmensgründungsprozesses (Digitaler Gründungsvorgang) zur Steigerung der Standortattraktivität.

Flexibilisierung & Vereinfachung im Arbeits- und Sozialrecht

- Flexibilisierung der Präventionszeiten im Arbeitnehmerschutz (§ 82a ASchG): Reduktion des Mindestausmaßes an Sicherheitskräften auf 35% und an Arbeitsmedizinern auf 20%; Erhöhung des flexibel einsetzbaren Anteils zur bedarfsgerechten, branchenspezifischen Organisation durch die Arbeitgeber.
- Beschleunigung und Digitalisierung des Rot-Weiß-Rot-Karten-Verfahrens: Einrichtung einer gemeinsamen, digitalen Plattform für Aufenthaltsbehörden und AMS; vereinfachte, medienbruchfreie elektronische Antragstellung und Echtzeit-Statusanzeige für Antragsteller.

Praxisorientierte Entlastung im Bereich Steuern und Finanzmarkt

- Anhebung der Buchführungsgrenzen: Inflationsanpassung der Schwellenwerte im UGB und BAO auf mind. 1 Mio. (von 700.000 €) bzw. 1,5 Mio. € (von 1 Mio. €) zur administrativen Entlastung von KMU.
- Anpassung der Vorfälligkeitsentschädigung bei Wohnimmobilienkrediten: Abschaffung der 1%-Deckelung, stattdessen reiner Schadenersatz gemäß deutschem Modell (HIKrG). Damit sollen sichere Fixzinskredite bei Wohnimmobilienkrediten attraktiver werden.

Digitalisierung, Schnittstellen & Informationspflichten

- Vereinheitlichung und Digitalisierung von Behördenprozessen
- Schaffung einer bundesweiten digitalen Energieausweisdatenbank für Gebäude.
- Digitalisierung aller Registrierungs- und Meldeprozesse, umfassende Anwendung des „Once-Only“-Prinzips bei Förder-, Statistik- und Registermeldungen.
- Anpassung des Versicherungsvertragsgesetzes (VersVG) für die vollständige rechtliche



Gleichstellung digitaler und analoger Kommunikation.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich gegenüber Bundesregierung, Parlament und relevanten Institutionen für eine rasche und signifikante Entbürokratisierung zur Stärkung des **Standorts**, Modernisierung der **Verwaltung und Entlastung der** Unternehmen nachdrücklich einzusetzen.

Angelika Sery - Froschauer
Vizepräsidentin WKÖ

Bettina Dorfer - Pauschenwein
Vizepräsidentin WKÖ

Manfred Denk
Bundesspartenobmann, BS GH